

MOBILES EUROPA – CHANCE FÜR NIEDERSACHSEN

Die Krise der europäischen Mobilitätsindustrie lässt sich nur solidarisch meistern

Von Bernd Lange, MdEP

» Innovationen zu fördern und umzusetzen ist zentral für die Zukunft der Mobilitätswirtschaft.«

Bernd Lange

Die Absatzzahlen der Automobilindustrie im Februar (in Deutschland fast -30% im Vergleich zum Vorjahr mit Abwrackprämie, EU-weit Stagnation) zeigen, die Krise ist nicht vorbei und wird 2010 voll durchschlagen. Aber es gibt zusätzlich auch grundlegende Strukturprobleme: Überkapazitäten, veränderte Mobilitätsbedürfnisse und Umweltherausforderungen.

und entsprechend dagegen vorgehen. Zudem plant GM, sich durch Verlagerungen nach Südkorea Kostenvorteile in der Produktion zu verschaffen: Statt in Antwerpen sollen Geländelimousinen zukünftig in Ostasien gefertigt werden. Damit würde GM auch von einem neuen Handelsabkommen zwischen der EU und Südkorea profitieren. Da dieses geplante

eine vorausschauende Begleitung des Strukturwandels mit ein. Dazu sollte ein europäischer sektorspezifischer Automobilrat eingerichtet werden. Zukünftig muss die Vergabe von EU-Mitteln entsprechend an klare Bedingungen geknüpft werden wie Investitionen in Forschung und Entwicklung, Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft.

Innovationen zu fördern und umzusetzen ist zentral für die Zukunft der Mobilitätswirtschaft. Elektromobilität ist dabei ein Baustein. So setzte ich mich gerade dafür ein, dass die Standardisierung, zum Beispiel von Steckern, schnell umgesetzt wird, damit neue Technik schneller auf den Markt kommt. Die Entwicklung der E-Mobilität muss weiter unterstützt und vor allem Ergebnisse in Projekten angewendet werden. Die Kombination von E-Mobilität mit regenerativer Energie bietet fast Nullemissions-Perspektiven. Hier ist das Auto- und Energieland Niedersachsen besonders gefordert und muss deutlicher handeln, Modellprojekte zur E-Mobilität umsetzen. Durch E-Mobilität verändern sich Produktion und Zulieferketten, deshalb müssen die Perspektiven für zukunftsgerechte Arbeitsplätze mitgedacht werden. In der EU geht es aber auch um die Weiterentwicklung der Mobilitätsdienstleistungen. Zukünftig wird in wachsenden urbanen Räumen Mobilität stärker nachgefragt werden, die je nach Bedarf durch Autos, motorisierte Zweiräder, Fahrräder oder den ÖPNV umgesetzt wird. Neue Konzepte müssen marktfähig werden und die Entwicklung vom Autohersteller zum Mobilitätsdienstleister ist zu begleiten. Zudem müssen wir auch in verwandten Bereichen neue Geschäftsfelder stärken. So ist die Entwicklung hocheffektiver Mini-Blockheizkraftwerke (Wirkungsgrad 94%) bei VW genau der richtige Weg, um Beschäftigung zu sichern, Innovationen in den Markt zu bringen und Energieversorgung dezentral effizienter und CO₂-ärmer zu machen.

Wer die Krise überwinden will, muss Nachhaltigkeit ins Zentrum rücken, die Erneuerung der traditionellen Autoindustrie anpacken und um gute Arbeit in Europa streiten. Laissez-faire kann kein Konzept für die Zukunft sein, nicht in der EU und nicht in Niedersachsen. ■



Bernd Lange (MdEP) auf dem einzigen Prototyp des Elektromotorrades C1-E von BMW auf einer Veranstaltung der Europäischen Motorradindustrie (acem) in Brüssel.

Abkommen für den Automobilssektor in Europa völlig unausgewogen ist, werde ich als sozialdemokratischer Verhandlungsführer alles daran setzen, Benachteiligungen für die Produktion in Europa einen Riegel vorzuschieben.

Neben der kurzfristigen Stabilisierung des Automobilssektors kommt es zentral darauf an, die Mobilitätswirtschaft mit einer integrierten Politik bei der Erhaltung hochwertiger industrieller Tätigkeiten in Europa zu stärken. Im November 2009 habe ich diese Politik bereits von der EU-Kommission eingefordert, ohne nennenswerte Reaktion. Nun hat die sozialistische Fraktion ein Positionspapier auf den Weg gebracht, um stärkeren Druck auf die Kommission auszuüben. Denn die EU-Kommission muss endliche eine sektorbezogene Industriepolitik anpacken, die Innovationspolitik, Forschungsförderung, Wettbewerbsrecht, Binnenmarktregeln, Handelspolitik, Umweltauflagen und Logistikpolitik zusammendenkt und -führt. Das Ziel muss lauten, eine nachhaltige Mobilitätswirtschaft in Europa zu schaffen. Dies schließt auch gewachsene Qualifizierungsanforderungen und

rungen. Dazu müssen wir schnell europäische Antworten finden, um Beschäftigung in diesem industriellen Kernsektor zukunftsfit zu machen. Für Niedersachsen ist das besonders wichtig, denn hier liegt der Anteil der in der Automobilwirtschaft Beschäftigten rund doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt: Rund 150.000 Arbeitnehmer beschäftigt die Zuliefer- und Automobilindustrie. Mehr als 30 Prozent aller Industriearbeitsplätze in Niedersachsen hängen direkt von der Kraftfahrzeugherstellung ab. Niedersachsen hat mehr als 700 direkte Zuliefer-Unternehmen und viele indirekte. Wir brauchen zunächst eine solidarische Krisenbewältigung. Unsolidarische Lösungsversuche auf Kosten der Beschäftigten wie bei GM/Opel gehören nicht in unsere Zeit. Opel Antwerpen soll geschlossen werden, obgleich andere Möglichkeiten unter Beteiligung der Beschäftigten mit Arbeitszeitverkürzung zur Beschäftigungssicherung vorlagen. Daher werden wir im EP genau überprüfen, ob GM mit der Willküraktion gegen europäische Rechtsvorschriften der Arbeitnehmerbeteiligung verstoßen hat

EUROPA-INFO

Der elektronische Newsletter »Europa-Info« bietet alle 14 Tage Aktuelles aus Europa und Einblicke in die politische Arbeit vom Bernd Lange. Einfach kostenlos abonnieren unter

www.bernd-lange.de